

Der Bestand des Zentralen Parteiarchivs der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD)

Von Konrad Kühne*

Die Anfänge des zentralen Parteiarchivs

Im Dezember 1990 übernahm das Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung (ACDP) die Akten der ehemaligen Demokratischen Bauernpartei Deutschlands. Die Erstellung von Registratur- und Aktenplänen sowie die systematische Aufbewahrung historisch wertvoller Dokumente für die Geschichte der DBD geht auf den Beschluß des Sekretariats vom 11. November 1957 zum »Aufbau eines Parteiarchivs und einer Materialsammlung für Presse und Argumentation« zurück. Anlaß war die Erstellung einer Festschrift mit Text- und Bilddokumenten zum zehnjährigen Parteijubiläum 1958.¹ Seit den Anfängen der Bauernpartei in Mecklenburg im April 1948 und insbesondere nach der Gründung der Partei auf Zonenebene am 17. Juni 1948 war eine Vielzahl von Akten, Zeitschriften, Zeitungen und Presseauschnitten angefallen, die dringend einer sachgemäßen Aufbewahrung und Ordnung bedurften, da sie teils in Abstellräumen, teils in den Dienstzimmern der Referenten gelagert waren.

Das Sekretariat ordnete die Bereitstellung geeigneter Räumlichkeiten an und legte auf der Grundlage des Beschlusses von 1957 für die inhaltliche Arbeit des Pressearchivs fünf Kriterien fest: 1. Auswertung und Ordnung der im Archiv vorhandenen Zeitungen und Zeitschriften; 2. Sammlung und Einordnung der Ausschnitte anhand eines Aktenplanes unter Einbeziehung der bürgerlichen Zentralpresse; 3. sachgemäße Aufbewahrung des »Neuen

* Der Autor des vorliegenden Beitrages ist nach seinem Volkswirtschaftsstudium und der Aufnahme der Tätigkeit als Buchhalter in einer LPG seines Heimatkreises Torgau im November 1980 in die DBD eingetreten. Er war ab 1981 Mitarbeiter und später Sekretär des Bezirksvorstandes Leipzig der DBD. Im Mai 1989 wurde er Sektorenleiter beim Parteivorstand, und von Mai bis Dezember 1990 leitete er das Zentrale Parteiarchiv der DBD. Als die Partei sich 1990 mit der CDU zusammenschloß, war er für die Sicherung und den Transfer des Archivs in das Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung in St. Augustin zuständig und übernahm dort die weitere Betreuung des Bestands. Grundlage für die Bearbeitung war der Einheitsaktenplan der DBD, der die Einarbeitung der noch unverzeichneten Materialien entsprechend den archivischen Anforderungen des ACDP in den Archivfonds ermöglichte.

¹ Vorlage an das Sekretariat des Parteivorstandes vom 4. Mai 1957, Beschluß vom 11. November 1957. Vgl. ACDP VI-052-0535.

Deutschland«, der »Presse der Sowjetunion« und der Tageszeitungen von CDU, LDPD und NDPD als gebundene Exemplare; 4. Sammlung und Ordnung der die DBD und ihre Entwicklung betreffenden Pressemeldungen; 5. Betreuung und Pflege der Bibliothek.²

Parallel zur Einrichtung der Pressedokumentation und Bibliothek galt es, die seit der Gründungsphase der Partei angefallenen Altregistraturen zu sichern und nutzbar zu machen. Für das Sekretariat und die Abteilungen des Parteivorstandes bestanden zwar seit August 1951 erste Aktenpläne, die mit der Neugliederung der Länder in 15 Bezirke³ und der Umstrukturierung der Partei 1952⁴ ergänzt und erweitert wurden, jedoch fehlte eine archivfachliche Betreuung der Verwaltungsarchive und der Altbestände.

Erst nach dem Beschluß des ZK der SED von 1955, in dem Aufbau und Erschließung der Archive als wichtiger Beitrag zur Förderung des sozialistischen Bewußtseins angesehen wurden,⁵ richteten Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre neben der DBD auch Ost-CDU, LDPD, NDPD und die Massenorganisationen Archive ein.⁶ Als Eigentümer nahmen die Parteien und Massenorganisationen Sicherung, Aufbewahrung und Auswertung ihres Schriftgutes in eigener Verantwortung wahr. Allerdings spielten diese Archive in der Archivlandschaft der DDR, mit Ausnahme des FDJ- und FDGB-Archivs, nur eine untergeordnete Rolle. Das »Handbuch über das Archivwesen der DDR« z. B. erwähnt sie nur am Rande. Die von der Staatlichen Archivverwaltung herausgegebene Zeitschrift »Archivmitteilungen« enthält nur spärliche Hinweise.

Die DBD baute ihr »Hauptarchiv« in der Berliner Parteizentrale in der Friedrichstraße 79 a auf. In den 80er Jahren wurde es in »Zentrales Parteiarchiv« (ZPA) umbenannt und gleichzeitig mit dem Umzug der Parteileitung in die Behrenstraße 47/48 verlagert. Es bestand aus drei Abteilungen: dem Verwaltungsarchiv des Parteivorstandes; dem Endarchiv und der Bibliothek. Neben den üblichen Archivaufgaben kam als weiteres zentrales Anliegen die fachlich-methodische Anleitung und Kontrolle der Verwaltungsarchive der Bezirksvorstände, der Redaktion des Parteiorgans »Bauern-Echo«, der Zentralen Bildungsstätte der DBD »Thomas Müntzer« Borkheide und des Gästehauses der DBD in Muldenberg hinzu.

Das Sekretariat beschloß 1957 die Überführung aller bei den Abteilungsreferenten angefallenen Akten und Presseauschnittsammlungen in das

² Vgl. ebd.

³ Gesetz über die weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe in den Ländern der DDR, GBL der DDR, Nr. 99, 1952, S. 613.

⁴ ACDP VI-052-0523.

⁵ Vgl. Botho BRACHMAN, *Archivwesen der DDR*, Berlin 1984, S. 47.

⁶ Vgl. ebd. S. 35 ff.

Hauptarchiv, mit Ausnahme des Arbeitsarchivs der Abteilung Agrarpolitik. Der zuständige Mitarbeiter im Sekretariat des Parteivorstandes, Otto Keuthe, schrieb, daß »der Abteilung Agrarpolitik auch weiterhin die Sammlung aller ihre Arbeit betreffenden Unterlagen zu überlassen« sei: »Sie braucht diese Materialien jederzeit zu ihrer Arbeit und übersieht fachkundig die Entwicklung und den Zusammenhang aller landwirtschaftlichen Probleme in der DDR.«⁷ Alle Abteilungen des Parteivorstandes waren beauftragt, die Schriftgutablage anhand eines vom Sekretariat als verbindlich erklärten zentralen Aktenplanes zu organisieren. Auch die Akten der anderen Parteigremien sollten analog zu dem bei der staatlichen Archivverwaltung verwendeten Dezimalsystem nach Großgruppen abgelegt werden.⁸

Die Abteilungen und Sekretariate setzten den Aktenplan in der Praxis aber nur partiell um. Das Tagesgeschäft und die fehlende Sensibilität für die archivische Arbeit waren Ursache für mangelnde Ordnung und Defizite bei der Aktenführung und Aktenablage. Als hilfreich erwiesen sich die 1964 von der staatlichen Archivverwaltung im Ministerium des Innern herausgegebenen Ordnungs- und Verzeichnungsgrundsätze für die staatlichen Archive und die Verordnung vom 11. März 1976 über das staatliche Archivwesen.⁹ Nachfragen aus der Partei, insbesondere bei Jubiläen und wissenschaftliche Forschungsarbeiten¹⁰, veranlaßten das Sekretariat Mitte der 80er Jahre, das Archivwesen der DBD zu reorganisieren.

Verantwortlich für diese Umorganisation war der damalige Archivleiter Heinrich Hüge, der das Zentrale Parteiarchiv bis zu seiner Pensionierung im Januar 1990 leitete. Mit dem Beschluß vom 6. August 1985 über die Archivordnung für das Zentrale Parteiarchiv der DBD, die Benützerordnung, den Einheitsaktenplan der DBD und die Richtlinie zur Übergabe des Schriftgutes aus den aktenführenden Stellen an das Zentrale Parteiarchiv der DBD¹¹ wurden die Voraussetzungen dafür geschaffen, den Umgang

7 ACDP VI-052-0535.

8 0 = Agrarpolitik, 1 = DBD, 2 = Deutschland usw. Für die Kategorie »1 DBD« ergab sich folgende Klassifizierung: 1 Partei, 10 Vorgeschichte, Gründung und Programm, 11 Leitende Organe und Tagungen, 12 Bewußtsein = Schulung und Aufklärung, Initiativen, 13 Presse, »Bauern-Echo« und »Der Pflüger«, 14 Partei und Staat = Volksvertreter, 15 Partei und VdgB, MTS sowie sonstige Helfer, 16 Partei und Nationale Front, 17 Partei und andere Parteien, Organisationen, Gewerkschaften etc., 18 Partei und gesamtdeutsche Arbeit, 19 Partei und interne Verbindungen. Vgl. ebd. Dort auch die Ausführungen Otto Keuthes: »Die Gliederung nach dem Zehner-System hat sich überall bestens bewährt. Schon an der ersten Zahl erkennt jedermann, um welches große Sachgebiet es sich handelt.«

9 Vgl. GBL der DDR, Teil I Nr. 10, 1976, S. 165.

10 Die Geschichte der DBD sollte bis zum 40. Jahrestag durch Forschungsaufträge der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED erarbeitet werden.

11 Ordnungen für den Umgang mit dienstlichem Schrift- und Archivgut der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands. Vgl. ACDP VI-052-118/1.

mit dienstlichem Schriftgut in allen Leitungsebenen der Partei von der Entstehung über die Registratur bis zur Endarchivierung nach einheitlichen Gesichtspunkten zu regeln.

Zur weiteren fachlichen Qualifizierung wurden Mitarbeiter an die Fachhochschule für Archivwesen »Franz Mehring« in Potsdam delegiert. Darüber hinaus fanden regelmäßige Fortbildungsveranstaltungen mit den Archivbeauftragten der Abteilungen des Parteivorstandes und der Sekretariate der Bezirksvorstände statt. Die Lehrgänge vermittelten Grundkenntnisse über das staatliche Archivwesen sowie die Regeln der Schriftgutverwaltung, -bewertung und -erschließung.

Im Zuge der Reorganisation wurde in der Archivordnung der DBD festgeschrieben, daß alle aktenbildenden Stellen der Partei ihr Schriftgut sowie die Bild- und Tonträger nach Ablauf der Aufbewahrungsfristen dem Zentralen Parteiarchiv zur Archivierung anbieten mußten.

Unterschieden wurde nun nach parteigeschichtlich wertvollem und nur vorübergehend aufzubewahrendem Schriftgut. Ersteres war dem Zentralen Parteiarchiv vollständig zu übergeben, letzteres sollte nach Ablauf der Aufbewahrungsfristen in den Verwaltungsarchiven der Bezirks- und Kreisverbände unter Anwendung des Schriftgutbewertungsverzeichnisses des Einheitsaktenplanes in eigener Regie auf Archivwürdigkeit geprüft und entweder kassiert oder in das Zentrale Parteiarchiv überführt werden.

Die Fachaufsicht über die Einhaltung des Aktenplanes bei den Registraturbildnern oblag dem Leiter des Zentralen Parteiarchivs. Als Abteilungsleiter unterstand er dem Sekretär für Agitation und Propaganda. Zu den wichtigsten Aufgaben des Archivleiters gehörten neben der Geschäftsführung des Zentralen Parteiarchivs die Anleitung und Kontrolle der Archivbeauftragten bei den Abteilungen des Parteivorstandes und in den Sekretariaten der Bezirksvorstände, die Gewährleistung der ordnungsgemäßen Aufbewahrung und Erhaltung des Archivguts, die Akquisition und Bewertung sowie die Nutzbarmachung der Bestände. Dafür standen ihm drei Mitarbeiter zur Verfügung. Die in der Zwischenzeit neugeschaffenen räumlichen und technischen Voraussetzungen mit einer für eine Gesamtkapazität von 250 lfm. ausgerichteten Hebelschubanlage entsprachen den allgemeinen Anforderungen für die sichere Lagerung, Erschließung und Auswertung von Archivgut.

Für die Übergabe von vertraulichen Dienstsachen galt die Anordnung zum Schutz der Dienstgeheimnisse vom 6. Dezember 1971¹² sowie der dazu am 12. September 1972 beschlossene Maßnahmenkatalog zur Durchführung in den Parteiorganen der DBD. Analog zu den Regelungen in den staatlichen Verwaltungen unterstanden Finanz- und Kaderunterlagen nicht der Verwal-

¹² Anordnung zum Schutz von Dienstgeheimnissen vom 6. Dezember 1971, GBL der DDR, Sonderdruck Nr. 717.

tung des Zentralen Parteiarchivs. Sie verblieben wie die Mitgliederkartei mit der Mitgliederstatistik in den jeweiligen Abteilungen.

Ein Bericht des Sekretärs für Agitation und Propaganda, Georg Böhm, im November 1987 an das Sekretariat zeigt den Erfolg der Umstrukturierung. Im Zentralen Parteiarchiv waren ca. 1,3 Millionen Schriftgutblätter aus 4.000 Stehordnern und Schnellheftern zu bewerten und zu verzeichnen. 350 Tonbänder mußten nach Parteitagperioden geordnet werden. Böhm wies darauf hin, daß die Überlieferungen der Tagungen des Parteivorstandes, der Sitzungen des Sekretariats und der Tagungen der Landesvorstände in den Jahren 1948 bis 1950 äußerst lückenhaft seien und aus dem Jahr 1959 das Schriftgut der Tagungen des Präsidiums nahezu ganz fehle.¹³ Die archivische Bearbeitung der Akten des Vorstandes und des Präsidiums ermögliche, wie Böhm bilanzierte, die Herausgabe des Protokolls des 1. Parteitages, der Chronik der DBD und die Erarbeitung von Diplomarbeiten und Dissertationen zur Geschichte der Partei.

Auflösung des DBD-Archivs und Sicherung 1990

Der Zusammenbruch des DDR-Sozialismus führte zu Auflösungserscheinungen in der DBD. Das schlechte Ergebnis bei der Volkskammerwahl am 18. März 1990 hatte für den Parteiapparat weitreichende Konsequenzen. Durch die Kürzung der finanziellen Zuwendungen verließen viele Funktionäre die Partei, hohe Mieten zogen die unerwartet schnelle Schließung von vielen Kreisgeschäftsstellen nach sich. Personal- und Raumknappheit sowie die enorme Verteuerung von Altpapier stellten große Anforderungen an die Mitarbeiter des Zentralen Parteiarchivs, um den Archivfonds zu sichern. Intensiv verstärkt wurden die Bemühungen um die Sicherstellung der Akten mit der Umstrukturierung der Partei und den Vorbereitungen zur Bildung der neuen Landesverbände der DBD ab Februar/März 1990.

Mit der von der Regierung Modrow am 22. Februar 1990 erlassenen »Verordnung zur Arbeit mit den Personalakten« wurden die Personalakten im Geltungsbereich der zentralen und örtlichen Staatsorgane sowie der Parteien und Massenorganisationen aufgelöst und die Anlage neuer Akten mit den Schriftgutarten Personalbogen, Lebenslauf, Zeugnisse, Arbeitsverträge, letzte Beurteilung etc. angeordnet. Als nicht mehr benötigt eingestuftes Schriftgut, wie Nachweise über den Besuch von Parteischulen, staatliche und gesellschaftliche Auszeichnungen, ältere Beurteilungen, Disziplinarmaßnahmen und Aufzeichnungen über die privaten Westkontakte der Funktionäre und Mitarbeiter, die nach der Verordnung vom 22. August 1977 Teil der

13 Vgl. ACDP VI-052-122/2.

Kaderakte waren, sollte entnommen und den Betroffenen zurückgegeben werden.¹⁴

Die Rückgabe erfolgte bei der DBD nicht immer vollständig, da es bei der Kaderabteilung zu eigenmächtigen Kassationen kam. So übergab der damalige Abteilungsleiter, Kader und spätere Bevollmächtigte der Abwicklungstelle der DBD, Horst Jäschke, der Archivleitung Unterlagen der Kaderabteilung erst nach mehreren Aufforderungen im Original. Es handelte sich dabei um Aufstellungen der Mitglieder der Bezirks- und Kreisvorstände sowie um Listen der Mitglieder der ersten Landesvorstände vom Dezember 1948, die handschriftliche Vermerke enthielten, daß ein großer Teil der Landesvorstandsmitglieder »ersetzt« werden müsse.¹⁵

Finanzunterlagen fielen unter die Rubrik »nicht archivwürdiges Schriftgut« und wurden nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist kassiert. Die noch vorhandenen Rechnungsabschlüsse und Belege aus den Monaten vor und nach der Wende wurden aber der Bundesgeschäftsstelle der CDU übergeben, die diese der unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisation der DDR zur Verfügung stellte.

Nach persönlichen Absprachen mit den Abteilungsleitern im Parteivorstand und den Beauftragten für die Archive in den Bezirkssekretariaten, erging auch an den Stellvertretende Vorsitzenden, Ulrich Junghanns, und die Vorsitzenden der Bezirksvorstände die schriftliche Aufforderung, den Archivfonds der DBD im jeweiligen Verantwortungsbereich zu sichern. Es bestand dringend Handlungsbedarf, da Mitarbeiter des Büros des Sekretariats im Tiefkeller des Parteihauses in der Behrenstraße bereits mit der Verkolleierung von Akten begonnen hatten. Auch in den Bezirks- und Kreissekretariaten kam es, wie beispielsweise in Sondershausen, zu eigenmächtigen Aktenvernichtungen. Einige Kreissekretäre schickten dem Zentralen Parteiarchiv nur noch Kassationsprotokolle, da sie angeblich von der Übergabe an die Bezirkssekretariate nicht informiert worden seien.

Daraufhin erhielten alle Abteilungen des Parteivorstandes und Sekretariate der Bezirksvorstände Handlungsanleitungen zur Bearbeitung des Archivgutes. Entsprechend den Festlegungen des Einheitsaktenplanes sollten wenigstens die mit EA (für Endarchiv) gekennzeichneten Unterlagen durch die Bezirks- und Kreissekretariate gesichert und dem Zentralen Parteiarchiv übergeben werden. In vielen Gesprächen mußten die Funktionäre überzeugt werden, daß die in ihrem Verantwortungsbereich entstandenen Akten nicht dazu dienen sollten, sie politisch zu belasten, sondern daß es im Gegenteil

14 Vgl. Ingrid GROHMANN, *Die »Bereinigung« der Personalakten in der früheren DDR*, in: *Archivmitteilungen* 2/91, S. 78.

15 ACDP VI-052-843/2.

darum ging, der Nachwelt ein realistisches Bild von der Arbeit der Partei zu hinterlassen.

Nach der 6. Tagung des Parteivorstandes am 25. Juni 1990,¹⁶ die über den möglichen Zusammenschluß von DBD und Ost-CDU entschied, drängte die Archivleitung die gemeinsame Arbeitsgruppe von Ost-CDU und DBD mit Nachdruck auf eine Entscheidung über den Verbleib der Akten der DBD, da in der Berliner Parteizentrale bereits neue Mieter einzogen und Räumlichkeiten in Anspruch nahmen. Von staatlicher Seite bestand kein Interesse an einer Übernahme des Bestandes und Gespräche mit dem Leiter des Archivs der Ost-CDU, Joachim Franke, blieben ohne Ergebnis. So war die Sicherung dieser einmaligen Quellen zur Geschichte der ökonomischen und politischen Probleme und Widersprüche der Landwirtschaftspolitik in der DDR, über die politisch-ideologische Einflußnahme auf die Bauern und ihre Familien bei der Überführung des Privateigentums in die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) und über den Alltag der Landbevölkerung lange Zeit unklar. Erst die Zusage einer Übernahme durch den Leiter des ACDP, Günter Buchstab, im Juli 1990 sicherte den Erhalt des Bestands. Bis zum Transfer des Archivs nach St. Augustin wurde an der Erschließung und Verzeichnung der Protokolle der Tagungen des Präsidiums und der Sitzungen der Sekretariate der Bezirksvorstände gearbeitet.¹⁷

Ordnung, Verzeichnung und Verfilmung

In der Konrad-Adenauer-Stiftung wurde die Verzeichnung der DBD-Akten von Bestandskarteien auf EDV umgestellt. Weitere Akten, die bei Akquisitionen in Ost-CDU-Geschäftsstellen übernommen werden konnten, wurden dem Bestand zur Ergänzung beigelegt. Während der Bearbeitungszeit erhielten die Benutzer auch unverzeichnete Akten ausgehändigt, um den Bestand von Anfang an in seiner Gesamtheit zugänglich zu machen.

1992 richtete der Gesetzgeber die »Stiftung Archiv der Parteien und

16 Auf der 6. Tagung des Parteivorstandes der DBD vom 25. Juni 1990 sprachen sich 78 % der Mitglieder des Parteivorstandes dafür aus, der Mitgliedschaft den Zusammenschluß mit der CDU vorzuschlagen. Dabei ging der Parteivorstand »davon aus, daß es unveräußerliches Recht eines jeden Parteimitgliedes ist, diese zutiefst persönliche Entscheidung selbständig zu fällen. Deshalb wird auf einen Entscheidungsprozeß orientiert, der von der Basis ausgeht und, gerichtet auf die Schaffung föderalistischer Parteistrukturen, auf Landesebene vollendet wird.« Das heißt, es war nicht, wie oft behauptet, ein von oben bestimmter Akt, sondern jedes Mitglied konnte über den Beitritt zur CDU für sich selbst entscheiden. Vgl. ACDP VI-052-094/2.

17 Die Mitarbeiter des Archivs haben bis zum Abtransport der Akten am 3. Dezember 1990 an einer zügigen Verzeichnung und ordnungsgemäßen Übergabe mitgearbeitet, obwohl sie wußten, daß sie danach arbeitslos werden. Für dieses Pflichtbewußtsein gebührt ihnen Dank und Anerkennung.

Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv« (SAPMO) in Berlin ein, in der die Unterlagen der SED sowie der Parteien und Massenorganisationen aufbewahrt werden sollen, »soweit sie die Wahrnehmung staatlicher Aufgaben betreffen«.¹⁸ Dies hatte zur Folge, daß das DBD-Archiv nach Berlin zurückgeführt werden mußte. Eine Vereinbarung zwischen dem Bundesarchiv und der Konrad-Adenauer-Stiftung vom 22. März 1994 über die Überführung der Akten sah vor, daß der verzeichnete Teil des Bestandes und der noch unbearbeitete größere Teil für eine Mikroverfilmung vorbereitet und durch die Konrad-Adenauer-Stiftung verfilmt werden sollte.¹⁹ Die Verzeichnungs- und Vorbereitungsarbeiten für die Verfilmung gestalteten sich, um eine praktikable Benutzung der Filme zu ermöglichen, im Detail äußerst aufwendig. Der gesamte Bestand von 180 lfm. wurde weit intensiver als üblich chronologisch und sachlich geordnet, auf Duplikate geprüft und technisch aufbereitet (umgebetet, von Metallen befreit, rückseitig beschriebene Blätter wurden kenntlich gemacht, Überformate und beschädigte Akten konservatorisch aufgearbeitet), um gleichzeitig die Kosten zu optimieren.

Als Ergebnis entstand ein 1200 Seiten umfassendes Findbuch mit einem ausführlichem Inhalts- und Abkürzungsverzeichnis sowie Personen- und Sachregister. Die Akten, die bereits im Zentralen Parteiarchiv der DBD auf Bestandskarten erfaßt worden waren, sind mit einem Deckblatt mit den Verzeichnungsangaben, Herkunfts- und Bestandsbezeichnung, Registratur- und Archivsignatur, Aktentitel, Enthältvermerk, Bandnummer und Datierung versehen. Der Aufbau des Findbuches basiert auf der Organisationsstruktur der Partei, wie sie vor der Auflösung 1990 bestand. Der Sprachgebrauch der Partei wurde beibehalten und weitgehend übernommen. Bestimmend für die Bestandsbildung und Bestandsabgrenzung war primär das Provenienzprinzip, um die Dokumente eines Registraturbildners aus einem gemeinsamen Entstehungs- und Überlieferungszusammenhang zu erfassen.

18 Vgl. *Bundesgesetzblatt*, Teil I Nr. 14, 1992, S. 506. Gesetz zur Änderung des Bundesarchivgesetzes, § 2 Absatz 9: »Unterlagen im Sinne dieses Gesetzes sind auch solche der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der mit dieser Partei verbundenen Organisationen und juristischen Personen sowie der Massenorganisationen der Deutschen Demokratischen Republik, soweit sie die Wahrnehmung staatlicher Aufgaben betreffen. Dies gilt auch für andere Parteien und mit diesen Parteien verbundenen Organisationen und juristische Personen der Deutschen Demokratischen Republik.«

19 Der Übergabetermin machte eine parallel laufende Verzeichnung und Verfilmung notwendig. Dem entsprechen auch die zwei verschiedenen Numerierungen im Bestand: die Bandnummern des Zentralen Parteiarchivs der DBD 0001 bis 1428 und die im ACDP vorgenommene Signierung nach Archivkartons 001/1 bis 889/1.

Bei der Ordnung und Verzeichnung wurden der Einheitsaktenplan, die Findkartei des Zentralen Parteiarchivs der DBD und noch erkennbare Altaktensignaturen als Grundlage genommen. Da manche Akten bereits vor der Verzeichnung benutzt worden sind, ergab sich ferner die Notwendigkeit einer Konkordanz zwischen Altbestand, vorläufiger Signatur und endgültiger Signatur.

Aus heutiger Sicht war der eingangs erwähnte Beschluß vom 11. November 1957, die Akten der Abteilung Agrarpolitik nicht ins Archiv zu überführen, eine glückliche Fügung. Dieser Regelung ist es zu verdanken, daß die bei den Abteilungen Schulung und Aufklärung sowie Organisation nicht überlieferten Berichte und Schriftwechsel der 50er Jahre, insbesondere mit den Landes- und später den Bezirksverbänden, anhand der Akten der Abteilung Agrarpolitik rekonstruiert werden konnten.

Da bereits durch den Beschluß des Sekretariats vom 2. April 1953²⁰ die Abteilungen »Staatliche Verwaltung« und »Agrarpolitik« zusammengelegt wurden, sind auch weit mehr Unterlagen als erwartet über die Arbeit mit den Staats- und Wirtschaftsfunktionären erhalten. Sie sind im jetzt vorliegenden Inventar in den Kapiteln »Abteilung Volkswirtschaft« und »Abteilung Kader« verzeichnet. Allerdings mußten die Tätigkeits-, Situations- und Stimmungsberichte der Landes- und Bezirksverbände, die nur von 1949 bis 1955 und ab 1966 vorhanden sind, nach 1990 bei der Verzeichnung unter großem Aufwand der Parteiinformation (Kapitel B) zugeordnet werden. Das war notwendig, um ein geschlossenes Bild über die Situation in den Landes- und Bezirksverbänden wiederherstellen zu können. Die Berichte der Instrukteure über die Kreisverbände sind im Büro des Sekretariats (Kapitel G) eingearbeitet. So war es nach einer arbeitsintensiven Vorsortierung möglich, Inhalt, Entstehungszusammenhang und den Entstehungszweck sowie den zeitlichen Umfang der einzelnen Schriftstücke und die für die Bearbeitung und den Nachweis im Verwaltungsarchiv erforderlichen Angaben leichter zu ermitteln. Im Ergebnis wurden 11 Kapitel eingerichtet.

Im Kapitel A sind »Die leitenden Parteiorgane der DBD« erfaßt: Parteitage, Tagungen und zentrale Veranstaltungen des Parteivorstandes, die Sitzungen des Präsidiums und Sekretariats des Parteivorstandes, der Sekretariate der Landes- und Bezirksvorstände sowie die Bezirks- und Kreisdelegiertenkonferenzen und die Neuwahlversammlungen der Orts- und Wohnbezirksgruppen.²¹ Die Unterlagen des 4. bis 12. Parteitages wurden neu geordnet, um durch eine einheitliche Verzeichnung Duplikate in der Abteilung Leitende Parteiorgane besser zu erkennen.

²⁰ Vgl. ACDP VI-052-0542.

²¹ Auf dem 4. Parteitag im September 1955 wählte sich der Parteivorstand ein Präsidium. Die erste Sitzung fand am 28. September 1955 statt. Der Kreis der an den Sekretariatssitzungen teilnehmenden Mitglieder änderte sich. So gibt es bis 1955 Protokolle des engen, des erweiterten Sekretariats, des Arbeitssekretariats und des Sekretariats. Bei den Delegiertenkonferenzen sind Vorbereitung und Durchführung wie auch die Aufstellung der Mitglieder der gewählten Bezirks- und Kreisvorstände erfaßt. Im Zentralen Parteiarchiv waren zur kontinuierlichen Ergänzung nach den Hauptregistraturen »Parteitage«, »Parteivorstand«, »Präsidium« und »Sekretariat« und bei den »Sitzungen der Sekretariate der Bezirksvorstände« Signierlücken eingerichtet. Diese mußten natürlich beibehalten werden.

Im Kapitel B »Abteilung Leitende Parteiorgane« sind die Leitungs- und Organisationsmittel der Partei wie Arbeitsordnungen und Arbeitspläne der frühen Jahre, die Informationstätigkeit des Parteivorstandes und der Landes- und Bezirksvorstände sowie die Mitgliederstatistik mit der nicht verfilmten zentralen Mitgliederkartei zu finden. Die Informations-, Tätigkeits-, Stimmungs- und Situationsberichte zeichnen die gesamte Bandbreite der Stimmung an der Parteibasis nach und geben gleichzeitig einen Einblick in die Sozialstruktur und die Alltagsprobleme der ländlichen Bevölkerung. Die vorhandenen Begründungen bei den Mitgliederabgängen sind Abbild der innerparteilichen Auseinandersetzungen, insbesondere im Zusammenhang mit der Zerschlagung der Länder und der Landesvorstände 1952. Eingaben und Berichte aus den Kreisverbänden zeigen die Unterschiede von Parteibasis und Parteiführung nicht nur bei der Einschätzung der Ursachen und Ereignisse des 17. Juni 1953. Während die Parteiführung die Niederschlagung des Volksaufstandes rechtfertigte, berichteten die Funktionäre der Kreis- und Bezirksverbände von Unzufriedenheit unter den Mitgliedern, insbesondere über die ungerechten Sollablieferungen, und mahnten Reformen an; der Kreisverband Bautzen forderte sogar die Ablösung der Berliner Führungsspitze. Deutlich werden auch die Wandlungsprozesse in der DBD. Während sich die Partei in den ersten Jahren nach der Gründung als Interessenvertretung der Bauern verstand, wirkte sie besonders Ende der 50er Jahre, den ureigensten Interessen der Bauern entgegen, entscheidend an der Durchführung der Zwangskollektivierung mit.

Die Abteilung »Agitation und Propaganda« im Kapitel C enthält die Materialien zur politischen Schulung, der kulturpolitischen Arbeit, Erlebnisberichte von Parteigründern, die Parteipresse und die Öffentlichkeitsarbeit. Beginnend mit dem Thema »Das Bündnis zwischen Arbeitern und werktätigen Bauern – die Grundlage aller unserer Erfolge« des ersten Parteischulungsjahres der Orts- und Betriebsgruppenschulungen 1951/52, dem Aufbau und der Aufgabenstellungen der Zentralen Bildungsstätte der DBD »Thomas Müntzer« Borkheide und der Landesparteischulen sowie der spezifischen Funktion der Kreisparteischulen, wird hier gut dokumentiert, wie die politisch-ideologische Einflußnahme auf die bäuerliche Bevölkerung betrieben wurde, um sie immer wieder für neue Initiativen beim Aufbau der neuen, angeblich besseren Gesellschaftsordnung zu mobilisieren und für eine Scheindemokratie zu mißbrauchen. Nach der Länderauflösung führten die fünf Landesparteischulen noch bis in die 60er Jahre Lehrgänge durch. Mit dem Abschluß der Kollektivierung fällt die Auflösung der Landesparteischulen zusammen. Fortan gab es nur noch die Zentrale Bildungsstätte der DBD »Thomas Müntzer« Borkheide. Ihr waren die Parteischulen Bad Kleinen und Leipzig unterstellt. Um diese Struktur der politischen Bildungsarbeit

herauszuarbeiten, wurde bei der archivischen Aufarbeitung der Bestände eine erweiterte ausführliche Verzeichnung gewählt.

Zur politisch-ideologischen Arbeit der DBD liegt darüber hinaus eine gute Überlieferung der Pressearbeit vor. Auch die Probleme der Herausgabe und des Vertriebs der parteieigenen Zeitung »Bauern-Echo« werden sichtbar.

Wichtigste Quelle für die Erforschung der Arbeits- und Lebensverhältnisse der Bauern sind die Akten der Abteilung Agrarpolitik im Kapitel D »Abteilung Volkswirtschaft«. Sie beschreiben den Alltag auf dem Dorf und zeichnen die großen politischen Umgestaltungen nach. Die Anträge von Mitgliedern und Vorständen dokumentieren die Forderungen der Bauern nach Veränderungen in der Landwirtschaftspolitik, der Schriftverkehr mit den staatlichen Organen zeigt die Schwerfälligkeit und das Machtbewußtsein der Apparate auf. Dokumentiert ist auch das schwierige, von Konkurrenz geprägte Verhältnis zur Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdGB). Im Abschnitt »Staatliche Verwaltung« sind die Einschätzungen der Arbeit und die Probleme der Verwaltungs- und Staatsfunktionäre der DBD verzeichnet. Überliefert sind nur Teilakten und lose Materialien. Neben aufwendigen Ordnungsarbeiten war, um unvollständige Akten zu ergänzen, ein Abgleich mit den bei der Abteilung »Leitende Parteiorgane« abgelegten Berichten notwendig.

Zusammengeführt werden mußten auch die Mitgliederübersichten der früheren Jahre im Kapitel E »Abteilung Kader«. Die wenigen im Bestand vorhandenen Einzelstücke, die die planmäßigen, oft protokollierten Kassationen während der DDR-Zeit überstanden haben, wurden im Laufe der Ordnungs- und Verzeichnungsarbeiten aus Handakten der Parteifunktionäre unterschiedlichster Ebenen herausgelöst. Dadurch gibt es für die früheren Jahre einige Übersichten zu: haupt- und ehrenamtlichen Staatsfunktionären, wie Bezirks- und Kreisräten, und Bürgermeistern, Mitgliedern in Vorständen der Partei, insbesondere der Landesvorstände, DBD-Mitgliedern in Massenorganisationen, zentralen Dienststellen, im Landwirtschaftsministerium und im Staatssekretariat für Erfassung und Aufkauf.

Bei den Wahlen zu den Volksvertretungen ist erkennbar, wie zunächst um die Besetzung möglichst vieler Mandate gerungen wurde und wie dann über die Teilnahme der Mitglieder an der Vorbereitung und Durchführung berichtet wird. Spätestens ab 1979 stand die Sicherung der Wahlbeteiligung, die Erfassung der Nichtwähler und derjenigen, die eine erneute Kandidatur ablehnten, im Mittelpunkt.

Das Kapitel F »Internationale Arbeit der DBD« enthält Verträge, Vereinbarungen und Berichte über die Zusammenarbeit mit Bauern- und Zentrumsparteien des sozialistischen- und nichtsozialistischen Auslands. Weitere Dokumente aus dem Bestand des stellvertretenden Vorsitzenden Paul Scholz über die Mitarbeit der DBD in der Interparlamentarischen Union (IPU) und

im Weltfriedensrat ergänzen diese Akten. Es sei erwähnt, daß die Akten der Abteilung »Internationale Verbindungen« durch die damaligen Mitarbeiter alle kassiert und nicht dem Zentralen Parteiarchiv übergeben wurden. Es existiert daher nur die Parallelüberlieferung von Paul Scholz.

Die Akten der Vorsitzenden der DBD und führender Funktionäre wurden im ACDP nicht als Nachlässe behandelt, da sie keine persönlichen Belange enthalten. Sie wurden in die Abteilung »Büro des Sekretariats des Parteivorstandes und Mitglieder des Sekretariats« im Kapitel G eingegliedert. Von herausragender Bedeutung sind hier die Berichte der Instruktoren, die die politische Stimmung und die wirtschaftliche Lage in den Kreisverbänden beschreiben. Diese Berichte, die direkt an den Parteivorsitzenden, seine Stellvertreter und den Generalsekretär gingen, beschreiben die Durchführung der Kollektivierung und Maßnahmen gegen die Einzelbauern, die Zwangsaussiedlung, den 17. Juni 1953 sowie die Probleme beim organisatorischen Aufbau der Partei, ihrer inneren Struktur und die Zusammenarbeit mit der SED. Sie enthalten auch die namentliche Aufstellung der Funktionäre im jeweiligen Kreisverband.

Lediglich die Akten des Parteigründers und langjährigen ersten Vorsitzenden Ernst Goldenbaum wurden zu einem eigenen Schriftgutkörper innerhalb des Bestandes im Kapitel I »Ernst Goldenbaum und Büro des Vorsitzenden« zusammengeführt. Von seinen Nachfolgern Ernst Mecklenburg und Günter Maleuda sind keine eigenen Bestände vorhanden. Neben persönlichen Unterlagen (Glückwünsche, Reden, Artikel, Aufsätze) dokumentieren Goldenbaums Materialien seine Arbeit als Mitglied der Volkskammer und des Ministerrats in den Anfangsjahren der DDR. Aus der Altsignatur Goldenbaum sind hier Schriftverkehr und Akten der ersten Abgeordneten der DBD in der Volkskammer eingeordnet. Ergänzt wird die Überlieferung aus diesen Jahren durch den Schriftverkehr des Vorsitzenden mit den Landes-, Bezirks- und Kreisverbänden, aber auch mit staatlichen Organen und den zentralen Leitungen der Massenorganisationen. Zu bemerken ist, daß es keine Registratur »Schriftverkehr mit dem ZK der SED« gibt. Enthalten sind nur einzelne Schriftwechsel mit den Bezirks- und Kreisleitungen der SED.

Die im Kapitel H unter »Arbeit nach Westdeutschland« erfaßten Akten belegen die Versuche zum Aufbau von ständigen Kontakten zu bäuerlichen Kreisen in der Bundesrepublik. Neben Adressenlisten, Einladungen und dem Versand von Schulungs- und Propagandamaterialien sind Vermerke über Gespräche mit westdeutschen Bauern auch auf der »Grünen Woche« und Berichte über den Einsatz von Funktionären in der Bundesrepublik vorhanden. Weiterhin existieren umfangreiche Aktenkonvolute über die Betreuung westdeutscher Besucher auf der »agra« in Leipzig-Markkleeberg.

Die Finanzpläne und Ausgaben von 1962 bis 1970 sowie Monats- und

Jahresabschlüsse der Jahre 1985 bis 1990 sind im Findbuch unter der Rubrik »Abteilung Finanzen« im Kapitel J erfaßt. Zum im Kapitel K beschriebenen »Sammlungsgut« der DBD gehören Sachquellen wie Urkunden, Abzeichen, Gedenkplaketten, Münzen, Werbematerialien und Handzettel zur Vorbereitung der Wahlen 1990, Wimpel und Fahnen, Medaillen und Beitragsmarken sowie das Eingangsschild am Parteihaus in der Behrenstraße 47/48. Abschließend sei auf 60 Archivkartons mit Tonbändern und Tonbandkassetten von Parteitag, Parteivorstandssitzungen und anderen zentralen Tagungen verwiesen, die in einem gesonderten Findbuch (VI-054) erfaßt sind.

Am 7. Oktober 1998 wurden die Akten der DBD in die SAPMO nach Berlin überführt. Für den Benutzer sei an dieser Stelle nochmals erwähnt, daß das gesamte Material, bis auf die Mitgliederkartei, auf Mikrofilm im Archiv der Konrad-Adenauer-Stiftung mit einem modernen Lesegerät zu benutzen ist. Ein EDV-gestütztes Retrieval- und Freitextsuchsystem ermöglicht hier den schnellen Zugriff.

